

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Auszählung in Nepal

(spk) Die Aussichten der regierenden Kongresspartei, auch die neue Regierung in Nepal zu stellen, haben sich deutlich verbessert. Am Donnerstag morgen fehlten der Partei mit 88 sicheren Mandaten nur noch 15 Sitze zur absoluten Mehrheit. Die KPs waren mit 74 Sitzen fast unaufholbar abgeschlagen. Mit dem Endergebnis wird nicht vor Freitag gerechnet.

Europa einschalten

Der österreichische Aussenminister Alois Mock hat am Donnerstag die europäischen Staaten und vor allem die EG aufgefordert, sich in die jugoslawische Krise einzuschalten. In einem Radiogespräch vertrat der Minister die Ansicht, bisher sei die Krise in Jugoslawien unterschätzt worden. Mock warnte vor negativen Auswirkungen auf ganz Europa und stellte Vergleiche mit Nahen Osten an.

Botschaftertreffen

In Weimar hat am Donnerstag eine gemeinsame Tagung 16 deutscher und französischer Botschafter in den Staaten Mittel- und Osteuropas begonnen. Beim zweitägigen Treffen soll versucht werden, ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, um den politischen und wirtschaftlichen Aufbau in Osteuropa zu unterstützen. Zudem geht es um die Haltung zu Fragen der Nationalitäten und Minderheiten in Osteuropa.

Priester verschwunden

Moslemische Rebellen haben im Süden der Philippinen erneut einen katholischen Priester entführt. Generalstabschef Lisandro Abadia gab am Donnerstag in Manila bekannt, dass der Benediktiner Kim John Pil auf der Insel Mindanao seit Tagen vermisst werde. Ende April war auf Mindanao der französische Priester Yves Caroff von moslemischen Kidnappern freigelassen worden.

Baker beendete Gespräche in Israel

Jerusalem (AP) Ohne greifbare Ergebnisse in den wesentlichen Streitfragen hat US-Aussenminister James Baker am Donnerstag seine Gespräche in Israel beendet und damit seine vierte Pendelmision in den Nahen Osten seit Beendigung des Golfkrieges abgeschlossen. Mit der israelischen Regierung bestünden immer noch Meinungsverschiedenheiten in der Frage einer Beteiligung der Vereinten Nationen an einer Friedenskonferenz. Er werde nach Washington zurückfliegen und Präsident George Bush Bericht erstatten. Danach werde er über seine weiteren Schritte entscheiden, sagte Baker in Jerusalem nach einer dreieinhalbstündigen Unterredung mit Ministerpräsident Jizchak Schamir. Schamir sagte, er sei sicher, dass Baker seine «grossartigen Bemühungen» um das Zustandekommen einer arabisch-israelischen Friedenskonferenz fortsetzen werde.

Für das Wetter sind wir nicht verantwortlich, für Ihre Garderobe können wir es sein!

modehaus
hannelore

Jeden Freitag Abendeinkauf bis 20 Uhr
Samstag durchgehend geöffnet bis 16.00 Uhr

Die Schweiz wird Liechtenstein über Europa-Fragen informieren

Bundesrat René Felber auf Besuch im Fürstentum Liechtenstein – Gute Beziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten an Pressekonferenz unterstrichen



Meinungsaustausch zwischen Bundesrat René Felber sowie Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Regierungsgesamte. Am Gespräch nahmen auch Beamte von beiden Staaten teil. (Bilder: Beat Schurte)

(G.M.) – Im Verhältnis zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein bestehen derzeit keine besonderen Probleme. Dies bekräftigten am Donnerstag nachmittags Bundesrat René Felber und Regierungschef Hans Brunhart nach einem Meinungsaustausch im Regierungsgesamte an einer gemeinsamen Pressekonferenz. Das Arbeitsgespräch zwischen Bundesrat Felber und Vertretern der liechtensteinischen Regierung, begleitet von Beamten des Auswärtigen Amtes, diente vor allem der Analyse des EG-EFTA-Ministertreffens vom Montag in Brüssel.

In Übereinstimmung mit früheren Treffen zwischen Vertretern der liechtensteinischen Regierung und des Bundesrats unterstrichen sowohl Bundesrat René Felber als auch Regierungschef Hans

Brunhart die guten, problemlosen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten. Diese Feststellung aus anderen Gesprächen, stellte Regierungschef Brunhart mit Nachdruck fest, sei auch diesmal wieder bestätigt worden. Nach seiner Einschätzung werden die bilateralen Themen zunehmend von multilateraler Problematik überlagert, so dass von besonderer Wichtigkeit sei, gemeinsam die anstehenden Probleme zu besprechen.

Die schweizerische wie auch die liechtensteinische Gesprächsdelegation nahm in der rund zwei Stunden dauernden Gesprächsrunde eine Analyse des EG-EFTA-Treffens vor, erklärte Brunhart und wies auf die Konsequenzen hin, die es aus diesem Treffen zu ziehen gelte, ohne diese näher zu erläutern. Ferner sind nach



Pressekonferenz im Anschluss an das rund zweistündige Gespräch zwischen der schweizerischen und liechtensteinischen Delegation. Von links Bundesrat René Felber, Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille.

seinen Angaben das am Freitag in Vaduz stattfindende Treffen der Neutralen und Nichtgebundenen Staaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (N+N-Staaten) sowie die bevorstehende Konferenz der EFTA-Regierungschefs in Wien besprochen worden. Das Wiener Gipfel-Treffen erhält für Liechtenstein eine besondere Bedeutung, weil das Beitrittsgesuch Liechtensteins zur Diskussion steht. Brunhart gab seiner Hoffnung auf einen positiven Entscheid der EFTA-Regierungschefs Ausdruck und wies in diesem Zusammenhang auf die von Liechtenstein bereits genehmigte Änderung des Zollvertrags mit der Schweiz hin, welche die Grundlage für dieses Beitrittsgesuch darstelle.

Auch Bundesrat Felber unterstrich das gute Verhältnis zwischen den beiden

Nachbarstaaten und begrüsste die EFTA-Mitgliedschaft Liechtensteins. Im Zusammenhang mit der von ihm genannten Bedeutung des guten bilateralen Verhältnisses als Grundlage für die Diskussion über europäische Fragen sprach Felber von neuen Beziehungen zu Liechtenstein.

Künftig soll Liechtenstein mit Priorität über die schweizerische Europa-Position unterrichtet werden, allerdings ohne Liechtenstein damit die schweizerischen Vorstellungen aufzwingen zu wollen. Für Liechtenstein freilich stellt sich die Frage eines Alleingangs in europäischen Fragen, wie Brunhart erklärte: Ohne schweizerischen EWR-Beitritt werde es auch keinen liechtensteinischen EWR-Beitritt geben.

Administrative Probleme durch Volksinitiative

Regierungschef Hans Brunhart äusserte sich am Pressegespräch zur Initiative gegen 5-Tage-Woche

(G.M.) – Die am letzten Wochenende gestartete Volksinitiative, die mit einer Änderung des Schulgesetzes die Verteilung des Unterrichts an den Schulen auf sechs Werktagen verteilen möchte, schafft vor allem administrative Probleme. Diese Erklärung gab Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch vom Dienstag ab. Die Regierung hat sich, wie bereits mehrfach berichtet, schon zu Beginn des Jahres für die Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen ausgesprochen und das Schulamt mit der Durchführung der notwendigen Vorkehrungen beauftragt. Die Abstimmung über die Änderung des Schulgesetzes kann aufgrund der gegebenen Fristen, sofern die Unterschriftensammlung zustandekommt, kaum vor Beginn des Schuljahres 1991/92 stattfinden. Abstimmung über die 5-Tage-Woche also kurz nach der Einführung des schulfreien Samstags?

Die Kernfrage, um die grössten Probleme durch die entgegengesetzten Stossrichtungen zwischen Regierungsentscheidung und Volksinitiative gegen die 5-Tage-Woche zu vermeiden, lautet gegenwärtig: Wird die Regierung ihre Entscheidung angesichts der Volksinitiative bis zur Entscheidung durch die Stimmberechtigten aussetzen oder hält sie an ihrem Entscheid fest? Regierungschef Hans Brunhart wollte sich am Pressegespräch zu diesem Thema noch nicht festlegen. Aber er liess durchblicken, dass es grundsätzlich möglich wäre, die erlassene Verordnung zur Einführung des schulfreien Samstags wieder aufzuheben. So oder so – Probleme administrativer Art wird es in jedem Fall geben, denn neben der Entscheidung der Regierung gab es bereits Vorkehrungen für die Verteilung des Unterrichts auf fünf Werktagen durch den Abbau von Wochenstunden für die Schüler sowie durch die Änderung der Stundenverpflichtungen.

Regierungschef Hans Brunhart äusserte Kritik am Vorgehen der Initianten, weil sie mit ihrer Volksinitiative so spät gestartet hätten. Nach seiner Auffassung gibt es keinen Grund, mit der Lancierung der Initiative so lange zuzuwarten – ausser eben, grosse Problem im schuladministrativen Bereich heraufzubeschwören. Die Initianten vertreten demgegenüber die Auffassung, dass die Regierung wohl eine Entscheidung getroffen, bislang aber die entsprechende Verordnung noch nicht publiziert habe. Ausserdem habe Regierungschef Brunhart, wird angefügt, im Landtag darauf verwiesen, dass im Rahmen der Revision des Schulgesetzes ebenfalls über die 5-Tage-Woche an den Schulen diskutiert werden könne. Die Vorlage für die Revision des Schulgesetzes liegt jedoch ebenfalls noch nicht vor.

Heute Treffen der N+N-Staaten

Die Aussenminister der sogenannten Neutralen und Nichtgebundenen Staaten im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) halten heute im Rathaus in Vaduz ihre Arbeitstagung ab. Die für Aussenpolitik zuständigen Minister trafen bereits gestern abend in unserem Land ein und wurden durch die Regierung empfangen. Vorgesehen ist auch ein Empfang der Aussenminister auf Schloss Vaduz.

Am N+N-Treffen nehmen auf Einladung Liechtensteins die Aussenminister von Österreich, Zypern, Finnland, Malta, San Marino, Schweden, der Schweiz und Jugoslawien teil.

Mehr über die N+N-Konferenz im Innern der heutigen Ausgabe.

Über 70 Prozent der Eltern dafür

Die Entscheidung der Regierung, auf Beginn des Schuljahres 1991/92 den schulfreien Samstag einzuführen und damit die inzwischen reduzierte Schulzeit für die Schülerinnen und Schüler auf allen Schulstufen auf fünf Werktagen zu verteilen, stützt sich nach Angaben von Regierungschef Hans Brunhart auf eine breit angelegte Umfrage unter Lehrern und Eltern ab. Wie der Ressortinhaber für das Bildungswesen am Pressegespräch erneut unterstrich, haben sich bei dieser Umfrage über 70 Prozent der antwortenden Eltern für den schulfreien Samstag ausgesprochen. Dieser Zustimmung einer deutlich überwiegenden Mehrheit der Elternschaft steht nun die Volksinitiative gegenüber, die den Schulunterricht auf sechs Schultage pro Woche verteilen möchte. In den nächsten Wochen bis zu einer definitiven Entscheidung durch das Volk dürfte somit, wie auch Regierungschef Brunhart meinte, für Gesprächsstoff gesorgt sein. Allerdings gab er zu verstehen, dass er sich auf diese Auseinandersetzung und die Diskussion in gewissem Sinne freue.

Anpassung der Studentafeln

Die Vorarbeiten für die Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen sind relativ weit gediehen. Wie aus einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Regierung in Erfahrung gebracht werden konnte, sind «im Hinblick auf den unterrichtsfreien Samstag an den liechtensteinischen Schulen» die Studentafeln an der Oberschule, Realschule und am Gymnasium angepasst worden.

Diese Anpassung erfolgte, wie Regierungschef Hans Brunhart erklärte, nicht in erster Linie aufgrund der geplanten 5-Tage-Woche an den Schulen, sondern weil die Stundenzahlen – im Vergleich zu den umliegenden Staaten – zu hoch gewesen seien.

Jugoslawien: Weitere Rettungsversuche

Belgrad (AP) Das jugoslawische Parlament hat am Donnerstag den Versuch unternommen, die Verfassungskrise des Vielvölkerstaates in letzter Minute zu überwinden. Die Abgeordneten nahmen in Belgrad die Debatte über die Berufung neuer Vertreter im Staatspräsidium für Montenegro und die von Serbien kontrollierten Provinzen Kosovo und Wojwodina auf. Damit könnte sich für den Kroaten Stipe Mesic eine letzte Chance ergeben, gegen die Stimmen des serbischen Lagers doch noch in das Amt des Staatspräsidenten gewählt zu werden. Die jüngste Entwicklung alarmierte indes auch die Regierungen in Bonn und Wien.

Mesic hatte am Vortag als erster nach dem gültigen Rotationsprinzip antretender Kandidat nicht die erforderliche Mehrheit von fünf der acht Landesteile erreicht. Er hätte aufgrund der Verfassung für ein Jahr zum Staatspräsidenten gewählt werden müssen. Mesic tritt im Gegensatz zu Serbien für ein aus souveränen Republiken gebildetes Jugoslawien ein. Serbien, Kosovo und Wojwodina hatten gegen ihn gestimmt, das traditionell mit Serbien verbündete Montenegro nahm an der Wahl nicht teil.

Am Abend wollte das Staatspräsidium erneut zu einer Sitzung zusammenkommen, um einen neuen Wahlgang vorzunehmen.

frick FENSTER

FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS

Geh zum Fenster frick er weiss Bescheid.

ferdinand frick ag

Fenster und Fassadenbau
9494 Schaan
Telefon 075 / 274 74 Telefax 075 / 299 84